



Per Dittrich



Claudia Jacob



Petra Bräutigam

22. Februar 2016

Martin Habersaat, Rasmus Andresen, Jette Waldinger-Thiering:

Abschaffung der Anwesenheitspflicht heißt nicht Abschaffung der Leistung

Zur Presseberichterstattung über die Anwesenheitspflicht für Studierende für bestimmte Lehrveranstaltungen erklären die hochschulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, Martin Habersaat, Rasmus Andresen und Jette Waldinger-Thiering

Die Studienreform im Rahmen des Bologna-Prozesses bedeutet für die meisten Studierenden, dass ihr Studienablauf sehr viel stärker durchorganisiert und von häufigen Prüfungen begleitet ist.

Gleichzeitig werden die Lebenswirklichkeiten der Studierenden immer vielfältiger. Nicht jeder ist durch ein reiches Elternhaus oder durch ausreichende Stipendien in der Lage, sich voll und ganz auf sein Studium zu konzentrieren; regelmäßige Erwerbstätigkeit und die Pflege von Angehörigen bis zur Elternrolle machen es unerlässlich, auch Elemente der Flexibilität in den Studienalltag einzubauen. Das System „Three strikes and you are out“ trägt dem nicht Rechnung. Wer einmal die Grippe hat und einmal zum Kinderarzt muss, würde danach den Schein verlieren, wenn er, aus welchen Gründen auch immer, eine weitere Seminarsitzung versäumt.

Martin Habersaat: Die Anwesenheitspflicht wurde nicht völlig abgeschafft. Sie bleibt erhalten bei Exkursionen, Sprachkursen, Praktika, praktischen Übungen oder vergleichbaren Veranstaltungen. Wer also von der Sorge geplagt wird, das Praxissemester in der Lehramtsausbildung könne gefährdet sein oder teure Laborplätze könnten ungenutzt verstauben, sei beruhigt: Das wird nicht passieren. Auch sei zumindest erwähnt, dass die Palette der Möglichkeiten von Hochschulen, ihre Studierenden auf dem Weg zu guten Abschlüssen zu begleiten, über das Verhängen von Anwesenheitspflichten deutlich

hinausgeht.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Aufhebung der strikten Anwesenheitspflicht für einen Teil der Lehrveranstaltungen von den Studierenden ganz überwiegend sehr verantwortungsbewusst angenommen wird. Die Furcht von Teilen der Professoren vor sinkenden Absolventenquoten teilen wir nicht, werden aber die Entwicklung in den nächsten Jahren sorgfältig beobachten.

Rasmus Andresen: Die Abschaffung der Anwesenheitspflicht ist keine Aufforderung, nicht mehr in die Universität zu gehen. Wir glauben allerdings nicht, dass Anwesenheitszwang geeignet ist, um den Studienerfolg zu sichern. Für uns kommt es auf die Qualität der Lehre an. Menschen müssen mit 20 Jahren selbst entscheiden können, wie sie ihren Studienalltag organisieren. Hochschulen sind keine Grundschulen. Mich überrascht die Kritik der Opposition, die die Studierenden scheinbar nicht selbst entscheiden lassen will und sonst aber nicht müde wird, uns Bevormundung zu unterstellen.

Jette Waldinger-Thiering: Als Ausgangspunkt gehen wir davon aus, dass alle Studierenden daran interessiert sind, ihr angefangenes Studium auch zu beenden. Unser Ansatz muss also immer sein, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen und zu verbessern. So haben wir etwa über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen gemeinsam erreicht, dass erstmals 10 Prozent der Bundes- und Landesmittel für Maßnahmen zur Senkung der Abbrecherquote eingesetzt werden. So zum Beispiel für eine Verbesserung der Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de